

Beschluss (vorläufig) Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die
- 2 türkische
- 3 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 4 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin
- 5 geschundenen
- 6 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits
- 7 aufgrund der
- 8 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu
- 9 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische
- 10 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im
- 11 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im
- 12 eigenen
- 13 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden.
- 14 Gleichzeitig
- 15 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien
- 16 und
- 17 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den
- 18 kurdischen
- 19 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten
- 20 die vom
- 21 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange
- 22 Unterstützung. Er
- 23 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee
- 24 aus,
- 25 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie
- 26 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 27 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der
- 28 türkische
- 29 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- 30 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- 31 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen
- 32 begangen
- 33 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen
- 34 und
- 35 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere
- 36 zivile
- 37 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- 38 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet

25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen
würden zu
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.
28
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert
sich die
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer
iranischen
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.
32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-
Kämpfern
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.
Medienberichten
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen.
Bisher hat
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich
in
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun
größer
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der
Bundesregierung
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die
Untersuchung und
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die
Bundesregierung nicht
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland –
konnte sich
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische
Regierung in
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch
einmal
49 auszuweiten.
50

51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die
türkische
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach
Moskau kann
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen.
Gerade
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig,
aber
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine

starke
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.
57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im
Agieren der
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem
Tisch, wie
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der
humanitären
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche
Verteidigungsministerin mit
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im
Norden
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag
der
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht
durchdacht,
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der
Schutz
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche
Schutzzone
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage
ihres
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine
Erläuterung,
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht
72 werden sollte – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die
nordsyrische
74 Region abzuschieben.
75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein
Einsatz
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte
kaum möglich
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu
machen, der
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz
von Giftgas
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von
Kurdinnen und
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung
hat sich
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in
einem
83 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft
präsentiert,

84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein.
Aufgabe
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu
suchen und auf
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem
Kalkül
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis
und
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen
Regierung geübt,
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die
Bundesregierung auch
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im
Wert von
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der
Bundesregierung,
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt
werden
95 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan,
seine
96 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber
noch
97 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden.
Seit
98 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte
Hermesbürgschaften) für die
99 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den
die
100 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie
bislang nicht
101 genutzt. Wir Grüne erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden
Kurswechsel im
102 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die
Regimekritiker*innen in der
103 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen
wurden,
104 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen
türkischen
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert.
Der
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib
zu
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum
Thema
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden
Versuch

111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads
112 verurteilt, verhindert.

113

114 Bündnis 90/Die Grünen verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer
Milizen

116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien
sofort
119 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.

120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in
Nordsyrien
121 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der
122 Vereinten Nationen.

123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen
Einmarsch
124 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage
des
125 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.

126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten
128 keine Gewalt gegen Zivilist*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der
Türkei
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak
flüchten, muss
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.

131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem
Norden
132 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen
Prozess
133 vertreten sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien
134 erhalten bleibt.

135 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der
Grundlage
136 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der
internationale
137 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden
Verbrechen in
138 Syrien angemessen finanziert wird.

139 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle
Sanktionen
140 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende
Angehörige
141 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das

- 142 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund
143 erlassen.
- 144 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen
145 der Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit
wiederherstellt.
 - 146 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr
147 bei der Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht
und ab
148 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei
149 weitergibt.
 - 150 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei
151 umgehend stoppt,
erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp
152 an die Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an
153 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
 - 154 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung
155 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht
genehmigten
156 Anträge ablehnt.
 - 157 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung
158 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre
159 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren
gegen
160 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu
müssen die
161 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss
sichergestellt
162 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.
163 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden
können.
 - 164 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-
Türkei-Deal
165 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den
griechischen
166 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar
gemacht
167 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren
Gunsten der
168 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung
nach

- 169 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend
170 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 171 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die
172 EU,
173 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten,
174 rechtstaatliche
175 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-
176 Mitgliedstaaten
177 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten
178 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der
179 Flucht
180 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen
181 schaffen.
 - 182 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der
183 politischen
184 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann.
185 Die
186 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise
187 im
188 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders
189 Frauen
190 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt
191 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne
192 Freilassung
193 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-
194 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
 - 195 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige
196 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung
197 kann
198 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und
199 weiterer
200 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter
201 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter
202 Wahrung
203 des Völkerrechts erreicht werden.
 - 204 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das
205 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das
206 syrische
207 Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
 - 208 • Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union
209 konsequent auf
210 die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.